

Zeitschrift für Genozidforschung

Zeitschrift des Instituts für Diaspora- und Genozidforschung an der Ruhr-Universität Bochum

Herausgeber

Prof. Dr. Mihran Dabag, Kristin Platt
in Verbindung mit dem Kuratorium des Instituts:
Prof. Dr. Wilhelm Bleek, Prof. Dr. Lucian Hölscher, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Knut Ipsen, Dr. Hans-Henning Pistor, Prof. Dr. Klaus Tenfelde, Prof. Dr. Bernhard Waldenfels

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Aleida Assmann, Konstanz
Prof. Dr. Jan Assmann, Heidelberg
Prof. Dr. Zygmunt Bauman, Leeds
Prof. Dr. Krikor Beledian, Paris
Prof. Dr. Micha Brumlik, Frankfurt
Prof. Dr. Norbert Frei, Jena
Dr. h.c. Ralph Giordano, Köln
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Knut Ipsen, Bochum
Prof. Dr. Uwe-K. Ketelsen, Bochum
Prof. Dr. Ben Kiernan, Yale/New Haven
Prof. Dr. Peter Longerich, London
Prof. Dr. Otto Luchterhandt, Hamburg
Prof. Dr. Dan Michman, Jerusalem
Prof. Dr. Jörn Rüsen, Essen
Prof. Dr. Dieter Senghaas, Bremen
Prof. Dr. Ervin Staub, Amherst
Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer, Münster

Redaktion

Medardus Brehl, Kristin Platt
Assistenz: Birgit Doleschal, Melanie Flür
Institut für Diaspora- und Genozidforschung
an der Ruhr-Universität Bochum
D-44780 Bochum, Tel.: 0234/ 32 29702
Fax: 32 14770, idg@ruhr-uni-bochum.de

ISSN 1438-8332

Strukturen, Folgen, Gegenwart
kollektiver Gewalt

Die Zeitschrift wird gefördert von der
Alfred Freiherr von Oppenheim-Stiftung
zur Förderung der Wissenschaften

Erscheinungsweise

Die Zeitschrift für Genozidforschung erscheint
halbjährlich mit einem Jahresumfang von circa
300 Seiten.
Der Jahresbezugspreis beträgt 34,90 Euro, für
Studierende 27,90 Euro. Das Einzelheft kostet
21,00 Euro, incl. MWSt, zzgl. Versandkosten.
Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein
weiteres Jahr, falls es nicht drei Monate vor Ablauf
gekündigt wird. Bestellungen bitte an den Buch-
handel oder direkt an den Verlag.

Die Einzelbeiträge sind urheberrechtlich geschützt.
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nach-
drucks, der photomechanischen Wiedergabe, der
Weiterverarbeitung in Mikrofilm oder elektroni-
schen Datenverarbeitungsanlagen sowie der Über-
setzung vorbehalten.

Einsendung von Manuskripten

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manu-
skripten (in zweifacher Ausfertigung und Diskette)
ein. Über die Veröffentlichung entscheidet ein
peer-review Verfahren. Unaufgefordert eingesandte
Bücher und Manuskripte können leider nicht
zurückgesandt werden.

Gestaltung

Entwurf: Wilfried Gandras, Hamburg
Gestaltung: Frank Wiederhold, Bochum
Grafik des Einbands: Assadour,
»Fragmentation«, 2001
Aquarell/Tempera 32x24cm

Gesamtherstellung: Ferdinand Schöningh

Wilhelm Fink Verlag / Ferdinand Schöningh

Editorial

Nicht zuletzt haben die gewaltvollen Prozesse der nationalen Neudefinitionen im einstmaligen Jugoslawien und die Diskussion um ihre politische Gewichtung dazu geführt, dass der Begriff Genozid zu einer Kategorie des politischen Interesses wurde.

Die Intentionen, mit denen er als Kategorie verwendet wird, sind heute höchst verschieden und auch widersprüchlich. Die Intention, die die Genozidforschung mit der Kategorie verband, nämlich einen analytischen, eigenständigen Begriff zu stärken, der die Benennung und Differenzierung von Gewaltformen erlaubt und eine Basis schafft für die Entwicklung von Konzepten, die die juristische Abhandlung von Genozidverbrechen einerseits, von Früherkennung und Verhinderung von Gewalt gegen Gruppen andererseits ermöglicht, scheint heute an den Rand gedrängt. Medien bedienen sich des Begriffs zur interessenspolitischen Meinungsbildung – und doch brauchen wir gerade die Medien, um frühzeitig Gefahren von Völkermord zu erkennen. Politiker bedienen sich des Begriffs, um nationale Positionen zu festigen – und doch brauchen wir einen politischen Begriff Genozid, um Leugnungstendenzen Einhalt gebieten zu können.

Insbesondere angesichts der Strategien, über Darfur zu reden beziehungsweise nicht zu reden, wurde deutlich, dass es nicht der Begriff Genozid ist, der Probleme macht, aber gleichfalls auch nicht diejenigen, die »Genozid« ausgesprochen haben, um eine internationale Intervention zu fordern. Höchst kritisch muss

erkannt werden, dass jene Stimmen, die mit dem Argument zu polarisieren versuchen, der Begriff führe zu nichts anderem als zu einer Konkurrenz der Opfergruppen, eigentlich an der Bewahrung nationaler Narrative und Ideologie interessiert sind.

Solchen Spuren der Instrumentalisierung und Polarisierung geben die Beiträge im vorliegenden Band nach. Dabei wird nach dem Ort gefragt, der den Opfern zugestanden wird, es werden die Wissenshorizonte nationaler Narrative in Tätergesellschaft erfragt oder die Formulierung und Durchsetzung von Richtlinien zukünftiger Menschenrechtsordnungen geprüft.

Aufmerksamkeit verlangt eine teils implizit, teils explizit deutlich gemachte Beobachtung: Dass wir heute recht schnell darin sind, abschließende Sinnzuschreibungen für Gewaltereignisse zu formulieren. Diese Sinnzuschreibungen aber entstehen zum Teil während der Gewaltereignisse selbst. Sie sind von Medien mitbestimmt und zeigen sowohl Spuren der Legitimation politischer Eliten als auch die mangelhaften Antworten der internationalen Öffentlichkeit auf. Doch die internationale Öffentlichkeit ist nur ungern bereit, von den zweifelnden Fragen an die Unschuld der Opfer und die Echtheit der Bilder zu lassen. Auch nachdem wir von der Tatsächlichkeit der Tat wissen, werden die Zwiespälte nicht beiseite gelegt, um den Opfern wenigstens die Gerechtigkeit der Wahrheit entgegenzubringen.

Dass hinter diesen Positionen nationale Narrative und Ordnungsvorstellungen erkannt werden müssen, in denen Vorstellungen über Stabilität und Risiko den Vorrang haben vor der Bereitschaft, nationale Solidaritäten zu brechen um für die Opfer von politischer Gewalt einzustehen, wird nicht zuletzt in den internati-

onalen Taktiken der Vermeidung des Begriffs »Genozid« einerseits, aber auch in strategischen Etikettierungen von "Genozid" andererseits höchst deutlich.

Die Beitragenden des Bandes zeigen dabei die Hartnäckigkeit der heutigen Forscherinnen und Forscher auf, in der Analyse von Ursachen, Strukturen und Nachfolgen politischer Gewalt gerade solche Diskursmuster zu erkennen und zu demaskieren.

Nils Vollert analysiert Positionen zum Georgienkrieg im Jahr 2008 hinsichtlich der Frage, mit welchen Bildern und Argumentationen ein Genozidvorwurf, Imaginationen eines riskanten politischen Konflikts oder die Notwendigkeit des Einschreitens geschaffen wurden.

Mirela Memić untersucht die Berichterstattung zum Krieg in Bosnien-Herzegowina und fragt nach den medialen Rahmen, Begriffen und Formen der zeitgleich zu den Gewaltübergriffen erschienenen Darstellungen in internationalen Medien.

Hüseyin I. Çiçek diskutiert Märtyrer- und Opfernarrative, dies insbesondere unter Berücksichtigung der serbischen Großerzählung von der Schlacht auf dem Amselfeld, um die legitimatorische Funktion des Opferbild in politischen Ideologien herauszustellen.

Christian Wevelsiep stellt das moralische Reden von der internationalen Verantwortung auf eine harte Probe, indem er anhand des politischen Konstrukts der »legitimen Autorität« nach Bedingungen, Konsequenzen und Wissensgrundlagen für politische Zwangsnahmen fragt, die die Anwendung internationalen Rechts zugunsten von Opfern politischer Gewalt ermöglichen können.

Auch das vorliegende Heft der Zeitschrift für Genozidforschung ist bemüht, der jungen Forschergeneration einen Raum zu geben, die heute mit ihren Einzelfragen wichtige Beiträge zum Wissen über einzelne politische Gewaltverbrechen leisten, aber durch die Einbeziehung unter anderem der Genderforschung, der Religionswissenschaften oder Philosophie, der Kultur- anthropologie, Literatur- oder Erziehungswissenschaft die notwendige transdisziplinäre Perspektive von Forschungen über politische Gewalt aufzeigen.

Mit einem Dank an die Beiträger lädt auch diese Ausgabe zu einer erweiterten Diskussion mit den Leserinnen und Lesern ein.

Titelbild: Assadour,
»Fragmentation« 2001,
Aquarell/Tempera
32 x 24 cm